

BAYERN

Die Zeitung der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

1. Ausgabe / 2018 bayernspd-landtag.de



Natascha Kohnen nach der Wahl zur Spitzenkandidatin auf dem Landesparteitag am 10. März 2018 in München.

Politik auf Augenhöhe

Natascha Kohnen setzt auf Respekt in der Gesellschaft und gegenseitige Unterstützung

Die Art, wie in Bayern Politik gemacht wird, ist so verstaubt wie allgegenwärtig: Ein Männerverein an der Spitze, unerträgliche Arroganz der Macht und rücksichtsloses Ellenbogengerempel. Natascha Kohnen ist dieses breitbeinige Gehabe zuwider. "Respekt im Umgang miteinander ist eine Grundlage der Demokratie. Egal, wie hitzig Debatten geführt werden, den Respekt vor der Person und der Meinung des anderen dürfen wir nie verlieren", mahnt die führende SPD-Politikerin und Landtagsabgeordnete.

Für sie ist das mehr als eine Frage der Höflichkeit. Denn Respekt und sozialer Zusammenhalt gehen Hand in Hand: "Damit meine ich, dass die Menschen sich aufeinander und auf den Staat verlassen können müssen. Wir brauchen einen starken Staat der in der Lage ist, Aufgaben wie Bildung, soziale und öffentliche Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen zu erfüllen." Die wichtigsten Punkte sind Kohnen dabei der Wohnungsbau und die Familienpolitik. "Unsere Städte und Gemeinden sind für die Menschen mehr als Stein und Beton. Sie sind Heimat und Zuhause. Jeder von uns muss sich sein Dach über dem Kopf leisten können."

Die SPD-Politikerin setzt unter anderem auf eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft, damit neuer und mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht, der nicht nur auf Rendite abzielt. Die Mieten müssen aber auch auf dem freien Wohnungsmarkt wirksam begrenzt und Menschen vor unbezahlbaren Luxussanierungen geschützt werden. "Auch das ist ganz wesentlich für die Zukunft unserer Gesellschaft. Wer Menschen kaltherzig aus ihrem Zuhause - und damit aus ihrer Heimat – vertreibt, trägt zur sozialen Spaltung und zur Verrohung des gesellschaftlichen Umgangs bei." Auch zu einer guten Familienpolitik gehört das Thema Wohnen ganz wesentlich. "Wer sich jeden Monat Sorgen um die Miete machen muss, wer sich den ganzen Tag über abrackern muss, um gerade so über die Runden zu kommen, der verliert den Glauben an unseren Staat", warnt Kohnen und setzt deshalb auf konkrete Unterstützung für Familien: "Krippe, Kindergarten, Hort und Ganztagsangebote in der Schule müssen für die Familien kostenfrei sein. Außerdem müssen sie so lange geöffnet haben, wie es für die Organisation des Alltags erforderlich ist. Familien haben ein Anrecht auf umfassende Unterstützung durch die Gesellschaft." Und das gelte übrigens nicht nur für die Kindererziehung, betont die SPD-Spitzenpolitikerin, sondern zum Beispiel auch bei der Pflege von Verwandten im Alter.

Skischaukel am Riedberger Horn verhindert

Der Widerstand hat sich gelohnt. Mit einer bemerkenswerten Umfall-Aktion hat Ministerpräsident Söder das Aus für die umstrittene Skischaukel am Riedberger Horn verkündet. SPD-Umweltexperte Florian von Brunn will es dabei aber nicht bewenden lassen. Er fordert ein grundsätzliches Umdenken der CSU in der Alpenpolitik. "Der Ausverkauf der Natur muss gestoppt werden. Was wir brauchen, ist eine stärkere Förderung eines naturverträglichen Toursimus."

Mehr Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst

650.000 Menschen im Freistaat arbeiten im Öffentlichen Dienst. Ihre betriebliche Mitbestimmung ist jedoch unzureichend. "Wir wollen, dass der öffentliche Dienst ein attraktiver Arbeitgeber bleibt und setzen uns daher für eine moderne Mitbestimmung ein", erklärt der Sprecher für Fragen des Öffentlichen Dienstes, Stefan Schuster, zur Reform des bayerischen Personalvertretungsgesetzes. Der Personalrat soll künftig in allen personellen, sozialen und organisatorischen Dingen auf Augenhöhe mit der jeweiligen Dienststellenleitung zusammenarbeiten.

| lr | ۱h | a | lt |
|----|----|---|----|
| | | _ | |

| Neues Polizeigesetz | 2 |
|----------------------------|---|
| 100 Jahre Frauenwahlrecht | 3 |
| Die Angst der GBW-Mieter | 4 |
| Planspiel Mädchenparlament | 6 |
| Denkmalschutz | 7 |
| Rettet die Bienen! | 8 |

2 Aktuell Die Zeitung der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag



Markus Rinderspacher, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

Großbaustelle Bayern

Im BayernTrend vom Januar 2018 landete das Thema "Infrastruktur" unter den Top 5 der wichtigsten Probleme in Bayern.

Nach jahrzehntelangen Versäumnissen wird die neue Söder-Administration in den letzten 100 Tagen vor der Landtagswahl plötzlich doch hektisch: Ein Ministerium für Wohnen und Bauen soll's richten

Damit ist es aber nicht getan. Denn im Landeshaushalt sind keine neuen Mittel für die übrigen großen Baustellen hinterlegt: 1.300 Brücken in Bayern und 5.000 Kilometer Staatsstraßen sind zum Teil dringend sanierungsbedürftig. Kosten: mindestens 1,5 Milliarden Euro.

14,5 Prozent der öffentlichen Abwasserkanäle sind sanierungsbedürftig. Investitionsbedarf laut TU München: rund 5,8 Milliarden Euro. Gefängnisse, Gerichtssäle und Justizgebäude in Bayern sind in einem zum Teil miserablen Zustand. Sanierungsbedarf: mindestens 1,243 Milliarden Euro, bestätigt das Justizministerium.

Was die CSU-Alleinregierung bei der öffentlichen Infrastruktur anrichtet, nennt sich verschleppte Staatsverschuldung. Wer Investitionen in die Zukunft verschiebt, kann sich den Staatshaushalt nur kurzfristig schönrechnen. Künftige Generationen müssen reparieren, was durch unterlassenes Regierungshandeln der CSU kaputt gegangen ist.

Für uns ist klar: Wir müssen staatliches Eigentum erhalten und pflegen. Es ist das Eigentum von uns Bürgern.

fla hus Egrenge

Kindergrundsicherung

Familien müssen gerechter gefördert werden

Wer mehr Geld verdient, bekommt mehr Geld vom Staat – so zumindest ist die derzeitige Realität bei der Familienunterstützung. Durch den steuerlichen Freibetrag werden reiche Familien mehr unterstützt als ärmere.

Die SPD-Landtagsfraktion will diese Ungerechtigkeit beseitigen und setzt sich daher für die Einführung einer Kindergrundsicherung im Freistaat ein, einer pauschalen Zahlung, welche das Existenzminimum der Kinder, sowie ihre Bildung, Betreuung und soziale Teilhabe sichert.

Pro Kind würde der Staat 580 Euro an die Familien zahlen. Diese Summe soll allerdings nach dem Einkommenssteuersatz der Eltern besteuert werden, wie unsere Sozial-

politikerin Doris Rauscher erläutert: "Bei Geringverdienern bleibt also mehr Geld übrig als bei Besserverdienern. So wird sichergestellt, dass das Geld auch bei denen ankommt, die es am nötigsten haben." Im Freistaat sind derzeit 245.000 Minderjährige armutsgefährdet. Für die SPD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Natascha Kohnen ein unhaltbarer Zustand: "Denn Armut wirkt sich nicht nur negativ auf die Bildungswege und die Gesundheit der Kinder aus – sie erschwert es ihnen oft auch, 'dazuzugehören". Die Kindergrundsicherung ist für Natascha Kohnen "die einfachste und gerechteste Lösung", um dem Problem der Kinderarmut zu begeg-

Sicherheit: Polizei braucht mehr Personal, nicht mehr Zugriffsrechte



Das neue bayerische Polizeigesetz stattet die Beamten mit wesentlich mehr Befugnissen aus. Viele Experten und Juristen sprechen schon von einem neuen Überwachungsstaat.

Jede zehnte Polizeistelle in Bayern ist nicht besetzt: Zu diesem Ergebnis kommt eine SPD-Anfrage an das Bayerische Innenministerium. Der SPD-Sicherheits- und Datenschutzexperte Florian Ritter ist entsetzt: "2017 gab es laut Antwort des Ministers 2.691 unbesetzte Stellen. Jahrelang hat die CSU verkündet, dass die Polizei aufgestockt wird. Das Ergebnis spricht Bände."

Momentan hätten die Polizeibeamten insgesamt fast zwei Millionen Überstunden: "Wir wollen, dass die Beschäftigten der Polizei unter angemessenen und familienfreundlichen Bedingungen ihren wichtigen Dienst leisten können", erklärt Ritter.

Was es hingegen nicht brauche, seien die neuen Befugnisse durch das geplante Polizeiaufgabengesetz. Ritter: "Wir sind strikt dagegen, dass nur aufgrund eines Anfangsverdachts und ohne richterlichen Beschluss Videoüberwachung mit Personenerkennungssoftware eingesetzt werden darf." Die CSU wolle mit dem neuen Gesetz den Sicherheitsbehörden Befugnisse geben, die diese seit 1945 nicht hatten. "Die Staatsregierung will der Bespitzelung von Menschen sowohl on- als auch offline Tür und Tor öffnen, selbst wenn noch gar keine Hinweise oder ein Verdacht vorliegen, dass kriminelle Handlungen geplant werden."

Eine öfter geheim und verdeckt agierende Polizei trage, betont Ritter, nicht zu mehr Sicherheit bei. "Dadurch setzt die CSU-Staatsregierung unser aller Freiheit aufs Spiel."

Immer mehr Menschen haben einen Nebenjob

Die Zahl der Menschen in Bayern, die neben ihrer normalen sozialversicherungspflichtigen Arbeit noch einen Nebenjob brauchen, hat sich seit 2003 verdreifacht (von 190.000 auf aktuell 567.000). Das belegt die Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage der Arbeitsmarktexpertin der SPD-Fraktion Angelika Weikert. Fast 50.000 Menschen haben zudem mehrere Minijobs gleichzeitig, ohne ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. "Das Ziel muss sein, die Menschen in nachhaltige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen und dort anständig zu entlohnen. Denn wer einen vernünftig bezahlten Vollzeitjob hat, der braucht keinen Nebenjob!" Dies könnte beispielsweise durch eine weitere Stärkung der Tarifbindung geschehen, so Weikert. In den Städten und dem Münchner Speckgürtel ist die Nebenjobquote übrigens deutlich höher als auf dem Land.



Impressum

Herausgebe

BayernSPD-Landtagsfraktion Vorsitzender Markus Rinderspacher Maximilianeum 81627 München

Redaktion

Culrich Meyer (V.i.S.d.P.), Caro Arns, Felix Hälbich, Gudrun Rapke, Markus Hautmann Telefon: 089 – 4126 2347 E-Mail: zeitung@bayernspd-landtag.de

BayernSPD-Landtagsfraktion Pressestelle Maximilianeum 81627 München

Druck

J.D. Küster Nachf. + Presse-Druck GmbH & Co. KG

Aktuell | 3 1/2018 | bayernspd-landtag.de

100 Jahre Frauenwahlrecht

Von Rabenmüttern, Vereinbarkeit und Altersarmut: Wieviel Wahl haben Frauen?

Ein Jahrhundert ist es her, da machte Bayern einen großen Schritt in Sachen Gleichberechtigung: Dank SPD durften Frauen zum ersten Mal bei einer Wahl ihre Stimme abgeben. Zähe 70 Jahre später konnten Frauen ohne Zustimmung ihres Mannes arbeiten gehen, Mitte der Nullerjahre schließlich wurden das Elterngeld eingeführt und der Krippenausbau forciert, damit Frauen nach der Geburt eines Kindes nicht vom Gehalt des Mannes abhängig sind. Und heute? Sind Frauen immer noch so viel öfter als Männer im Alter arm, verdienen weniger als Männer und werden für jede Lebensentscheidung moralisch verurteilt. Wie kann das sein?

Es gibt Sätze, die bekommen Männer bei allen Erfolgen in der Gleichberechtigung auch heute noch nicht zu hören. Einer dieser Sätze ist "Warum hast du denn überhaupt ein Kind bekommen?". und Mütter, die Vollzeit arbeiten gehen, kennen ihn zu Genüge. Ebenso wie "Und wo ist jetzt dein Baby?" Die schlagfertige Antwort "Es passt gerade daheim auf den Dobermann auf", mag im Halse stecken bleiben, wenn die Mutter bis zu diesem in Arbeits-, Haushalts- und Kindermanagement steckt und obendrein mit Gewissensbissen kämpft.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich das Naserümpfen und Augenverdrehen, wenn eine Mutter nur geringfügig beschäftigt ist oder gar ganz zu Hause bleibt: Ob sie sich nicht im Klaren sei, was das für ihre Rente bedeute. Wie sie ihre Lebenserfüllung nur aus dem Umgang mit den eigenen Kindern und den Haushaltspflichten ziehen könne.

Und Teilzeitkräfte? Gehen um drei, sind "nie erreichbar" oder machen "Homeoffice, also sitzen schön zu Hause", wie der kinderlose Kollege neidvoll-hämisch be-

Auf wenigen Feldern sind die Fronten derart verhärtet wie bei Lebensmodellen von Müttern. Nicht einfacher wird die Situation dadurch, dass viele eben nicht genau das tun, was sie gerne würden: Die einen würden liebend gerne arbeiten gehen oder ihre Arbeitszeit aufstocken, finden aber keinen Betreuungsplatz für das Kind. Wieder andere – gerade Alleinerziehende - müssen Vollzeit arbeiten gehen, um sich und die Kinder über die Runden zu bringen, hätten aber lieber mehr Zeit für die Familie. Ohnehin ist laut diverser Studien in den meisten Familien Haushalt und Kindererziehung noch überwiegend Frauensache – egal, wie viel diese



Dr. Simone Strohmayr, MdL

noch nebenbei arbeitet.

Die stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion Dr. Simone Strohmayr, selbst Mutter von drei Kindern, kennt die Problematiken, mit denen moderne Mütter zu kämpfen haben. "Bei allen Akzeptanzproblemen für unterschiedliche Lebensmodelle müssen wir in Bayern zunächst erreichen, dass die nötigen Strukturen vorhanden sind: genügend qualitativ gute Betreuungsplätze im Kita- und Kindergartenalter, am besten kostenlos, aber auch Ganztagsschulplätze für alle Familien, die einen brauchen. Das würde die Situation enorm entstressen und auch die Akzeptanz erhöhen", ist sich Strohmayr sicher. "Die Entwicklung, dass sich das Engagement von Vätern daheim dem der Frauen annähert, geht leider immer noch zu langsam vonstatten. Hier gibt es noch viel zu tun. Ein erster Schritt dafür ist eben Infrastruktur, die es Frauen ermöglicht, finanziell wieder auf Augenhöhe mit ihren Partnern zu gelangen." Auch Unternehmen müssten hier mitziehen: Dass Väter ohne Probleme Elternzeit und Kinderkranktage nehmen dürfen, sei längst noch nicht bei allen Chefs angekommen.

Mehr Gleichberechtigung daheim hin oder her: Nach wie vor droht drei Viertel aller Frauen Altersarmut. Durch das Ehegattensplitting und obendrein das bayerische Betreuungsgeld lohnt sich nämlich die Erwerbsarbeit für viele verheiratete Frauen schlichtweg nicht, egal, wie gern sie möglicherweise arbeiten gehen würden oder wie vernünftig es für die eigene Altersvorsorge wäre. "Es darf nicht mehr sein, dass Familien wählen müssen zwischen Vorteilen im Steuerbescheid oder der Eigenständigkeit und Absicherung der Frau im Alter, weil das eine Einkommen viel höher ist als das andere", findet auch Ruth Müller, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion und Mutter eines Sohnes: "Die Realität ist, dass sich Erwerbsarbeit für die Frau oftmals nicht lohnt, wenn auf der Soll-Seite die Ausgaben für Kinderbetreuung und ein zweites Auto das Gehalt auffressen. Das ist ein Skandal, vor allem in Zeiten des Fachkräftemangels!" Eine Lösung ist noch weit entfernt. Doch Ruth Müller stellt



Ruth Müller, MdL

klar: "Familien mit Kindern gehören gefördert - ganz gleich, ob beide Partner arbeiten gehen möchten oder nicht. Erst dann haben wir echte Wahlfreiheit erreicht."

100 Jahre Frauenwahlrecht

Frauenempfängen, auf denen



in ihrem je-weiligen Fachgebiet noch Nach-holbedarf gibt. Das Buch steht



Arbeiten gehen? Zu Hause bleiben? Oder gar Homeoffice? Die Politik hat dafür zu sorgen, dass jede Familie das Modell wählen kann, mit dem sie sich am wohlsten fühlt, meinen die Expertinnen der BayernSPD-Landtagsfraktion.

Zukunft ungewiss

Tausende Mieterinnen und Mieter der verkauften GBW-Wohnungen fürchten sich vor drastischen Mieterhöhungen. Unser Autor hat ein ehemaliges GBW-Haus in München besucht.



Eleonore und Günther Wagner in der Küche ihrer ehemaligen GBW-Wohnung.

VON FELIX HÄLBICH

Eigentlich braucht es nicht viel, um eine gute Nachbarschaft zu pflegen. Im Falle der ehemaligen GBW-Wohnungen in der Wallensteinstraße in München-Milbertshofen ist es eine aus Balken und Planen selbst zusammen gezimmerte kleine Hütte im Hinterhof des Hauses. Hier trifft sich die Hausgemeinschaft zum gemeinsamen Grillen und dem einen oder anderen Bierchen. Überhaupt wirkt die Wohnanlage mit dem Gartenzwerg vor der Haustür etwas aus der Zeit gefallen und passt so gar nicht zum Münchner Wohnungsmarkt, der fast nur noch auf Effizienz und Profit ausgelegt ist. Doch dieses kleine Idyll ist in Gefahr. Seit die halbstaatliche Wohnanlage 2013 im Zuge des BayernLB-Skandals an ein privates Immobilienkonsortium verkauft wurde, schwebt das Damoklesschwert "Mieterhöhung"

über den Köpfen der Bewohner. Davon sind auch Günther und **Eleonore Wagner im Erdgeschoss** betroffen. Um knapp 25 Prozent ist die Miete bereits angestiegen, aber das war wohl nur der Anfang. Die beiden zahlen aktuell 520 Euro für ihre 55-Quadratmeter-Wohnung, vor der Übernahme waren es 420 Euro. Für Münchner Verhältnisse immer noch lächerlich wenig. Die Wagners sind allerdings auch keine normalen Mieter. Günther Wagner ist vor 79 Jahren in dem Haus geboren worden und hat immer dort gelebt. Als er den Mietvertrag 1981 von seiner Mutter übernahm, betrug die Miete 286 D-Mark. Der gelernte Dreher und frühere aktive Handballer hat 40 Jahre im nahegelegenen BMW-Werk gearbeitet, ist seit 65 Jahren Mitglied im TSV Milbertshofen. "Ich bin hier schon sehr stark verwurzelt. Der TSV ist meine zweite Heimat. Sollten wir gezwungen sein wegzuziehen, würde mich das schon hart treffen", erklärt Wagner, der einen dicken schwarzen Aktenordner mit der Aufschrift "Mieten" vor sich auf dem Tisch liegen hat. "Eine drohende starke Mieterhöhung liegt uns schon schwer im Magen. Eigentlich wollten wir hier unseren Lebensabend verbringen." Dass die Situation mit dem neuen Vermieter so bleibt wie die letzten Jahrzehnte, daran glaubt im Haus niemand. "Letztens waren sie schon hier und haben alles ausgemessen", erzählt Wagners Frau Eleonore. "Was genau gemacht werden soll, wissen wir aber nicht. Aber schauen Sie sich doch mal um. Der Hinterhof vergammelt,

da wird nix mehr gemacht. Mich

würde es nicht wundern, wenn die

Wie es zum Verkauf der GBW-Wohnungen kam:

Mai 2007:

Die Bayerische Landesbank mit drei CSU-Ministern im Verwaltungsrat, unter anderem dem damaligen Innenminister Günther Beckstein, kauft Anteile der österreichischen Bank Hypo Alpe Adria.

August 2007:

Die BayernLB räumt erstmals ein, dass die Hypo Alpe Adria von der Immobilienkrise in den USA betroffen ist.

2008

Infolge des Debakels um die Hypo Alpe Adria kündigt Ministerpräsident Horst Seehofer ein Rettungspaket von rund 30 Milliarden Euro für die BayernLB an. Allein an Zinsen hat der bayerische Steuerzahler bislang 2,75 Milliarden Euro für das CSU-Desaster bei der BayernLB bezahlt. Jeden Tag kommen fast 770.000 Euro Zinsen dazu.

2009

Nachdem der Hypo Alpe Adria die Pleite droht, ist die BayernLB gezwungen ihre Anteile an der Bank für einen symbolischen Preis von einem Euro an das Land Österreich zu verkaufen. Die BayernLB verliert dadurch etwa 3,7 Milliarden Euro.

2013

Um die Verluste der BayernLB zu kompensieren, beschließt der damalige bayerische Finanzminister und heutige Ministerpräsident Markus Söder 33.000 Wohnungen der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft GBW zu verkaufen.

1/2018 | bayernspd-landtag.de GBW-Wohnungen 5



Das ehemalige GBW-Haus in München Milbertshofen ist in einem schlechten Zustand. Drastische Mieterhöhungen nach der Sanierung sind zu erwarten.

das komplette Haus abreißen." In der Tat ist das Haus in einem sehr schlechten Zustand. Auch wenn es keine für München so typische Luxussanierung werden sollte, die Instandsetzung des Hauses wird teuer. Wie teuer genau und wie hoch die Miete dann steigen wird, darüber hüllt sich der Vermieter bislang in Schweigen. Es gibt Gerüchte, dass auf die Garagen zusätzliche Wohneinheiten draufgesetzt werden sollen. Gesichert ist das nicht und schaut man sich die Gegebenheiten vor Ort genauer an, ist das wohl auch eher unwahrscheinlich. Aber die Gerüchte zeigen, wie verunsichert die Bewohner sind. Gerade für ältere Menschen in einer Stadt wie München gibt es fast nichts Schlimmeres als die Ungewissheit über die eigene Wohnungssituation.

Auch Eleonore Wagner hat den Großteil ihres Lebens in der Wohnung verbracht. An dem braunen Küchentisch mit Eckbank hat sie mit ihrem Sohn und der Tochter zusammen Mittag gegessen und

zugehört, wenn sie von der Schule erzählt haben. Die Kinder sind längst aus dem Haus und haben eigene Familien gegründet. Doch jeder Winkel der kleinen Wohnung ist mit Erinnerungen behaftet. "Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass ich mir in dem Alter noch Sorgen um die Wohnung machen muss und nicht weiß, wie es weitergeht", erklärt die 79-Jährige und streicht einen Krümel von der Tischplatte. In München etwas Vergleichbares zu finden halten die Wagners für ausgeschlossen. "Wir bekommen ja auch mit, was da draußen los ist", so Herr Wagner. "Im Großraum München ist es wohl aussichtslos, wenn es hart auf hart kommt, müssen wir in den Bayerischen Wald oder so ziehen. Richtung Berge im Süden sind die Mietpreise ja genauso explodiert."

Herr Wagner klappt den Aktenordner zu. Er müsse jetzt leider gehen. Beim TSV beginnt in ein paar Minuten die Vereinssitzung, sagt er und schwingt sich aufs Fahrrad.

Untersuchungsausschuss soll GBW-Fall klären

In bayerischen Ballungsräumen herrscht extreme Wohnungsnot: Vor allem Familien mit Kindern haben Probleme ein bezahlbares Dach über dem Kopf zu finden. Umso unverständlicher ist, dass der damalige Finanzminister Markus Söder im Jahr 2013 an die 33.000 günstige Wohnungen aus dem früheren Besitz der Bayerischen Landesbank an die private Wohnungsgesellschaft Patrizia AG verscherbelt hat. Fünf Jahre danach werden Zweifel am sogenannten GBW-Deal immer lauter: Gab es wirklich keine Alternative zum Verkauf an den Augsburger Immobilienriesen? Im Gespräch war zum Beispiel, ob Kommunen oder der Staat Wohnungen kaufen könnten, um Spekulation zu verhindern und die Mieten niedrig zu halten.

SPD, Freie Wähler und Grüne wollen das in einem Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag klären. Die SPD entsendet den Parlamentarischen Geschäftsführer Volkmar Halbleib (Ochsenfurt) und Landtagsvizepräsidentin Inge Aures (Kulmbach) in das Gremium. Ihre Vertreter sind die Münchner Abgeordnete Ruth Waldmann und Vorstandsmitglied Horst Arnold aus Fürth.

Volkmar Halbleib stellt fest: "Ministerpräsident Markus Söder hat mit dem Verkauf der GBW-Wohnungen einen riesigen politischen Fehler begangen. Die 33.000 Wohnungen wären ein solider Grundstock für eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft gewesen. Seine Ankündigung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft mit 2.000 Wohnungen wirkt da schon befremdlich."

Im Frühjahr 2018 endete die Laufzeit der sogenannten Sozialcharta. Das bedeutet, dass die nunmehr verbliebenen 26.000 Wohnungen luxussaniert, verkauft oder weitere Häuser auf den Grundstücken errichtet werden können. "Die Sozialcharta blieb schon immer weit hinter den Erwartungen zurück, jetzt aber sind die Mieter und Mieterinnen den Gesetzes des rauen Marktes ausgesetzt", bedauert Inge Aures. "Von den 80.000 betroffenen Menschen sind nach dem GBW-Verkauf etliche auf der Straße gelandet, weil sie die sprunghaft angestiegenen Mietpreise mit Erhöhungen von bis zu 40 Prozent nicht mehr bezahlen konnten", stellt Aures fest.

Der Wert der GBW-Wohnungen in ganz Bayern hat sich in den letzten Jahren nach Schätzungen mindestens verdoppelt. Noch nicht einbezogen ist dabei der mögliche Gewinn aus Neubauten auf den locker bebauten Grundstücken. Alle Bemühungen und zahlreiche Anfragen der SPD zu den Umständen des GBW-Deals wurden von der Staatsregierung nur unzureichend beantwortet. "Die Menschen haben ein Recht auf volle Aufklärung des größten Immobiliendeals der bayerischen Geschichte", sagt Halbleib. Der Untersuchungsausschuss wird eine Reihe von interessanten Zeugen anhören: Allen voran soll auch Ministerpräsident Söder vor den Untersuchungsausschuss geladen werden. Er muss persönlich Rede und Antwort stehen und Stellung beziehen zu der Aussage, die EU-Kommission habe verboten, dass der Freistaat die Wohnungen kaufe.



Pressekonferenz zum GBW-Untersuchungsausschuss am 14. März 2018.

Politikerin für einen Tag

160 Schülerinnen beim Planspiel Mädchenparlament im Landtag



Sollten Handys an Bayerns Schulen verboten werden, alle Schülerinnen und Schüler auf eine Ganztagsschule gehen und ab wann sollte man eigentlich wählen dürfen? Themen, die erwachsene Politikerinnen und Politiker umtreiben, betreffen nicht selten Jugendliche direkt. Doch wie wird aus einer Idee ein Gesetz? Damit Schülerinnen selbst erfahren, wie politische Abläufe funktionie-

ren, waren zum mittlerweile elften Mal rund 160 Mädchen zwischen 15 und 18 Jahren zum Planspiel "Mädchenparlament" der BayernSPD-Landtagsfraktion gekommen. Sie schlüpften in die Rolle von Politikerinnen und erörterten das Pro und Contra eines Themas, formulierten ihre Forderungen in Form von Anträgen, brachten diese in Ausschüsse ein und debattierten im Plenum.

"Heuer feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht in Bayern", betonte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin Dr. Simone Strohmayr. "Doch noch immer sind längst nicht die Hälfte aller Abgeordneten weiblich. Wir wollen mit unserem Mädchenparlament bei jungen Frauen das Interesse für Politik wecken oder verstärken." Ruth Müller, ebenfalls frauenpolitische Sprecherin, zeigte sich begeistert: "Von Politikverdrossenheit war hier nicht das Geringste zu spüren. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir die eine oder andere Rednerin irgendwann als echte Abgeordnete im Landtag wiedersehen."

Die Mädchen wurden auch betreut von den Abgeordneten Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Angelika Weikert, Kathi Petersen, Johanna Werner-Muggendorfer und Isabell Zacharias.

Keimalarm in **Bayerns Seen**

Nitrat im Grundwasser

Mit das schönste an Bayern sind die zahlreichen Seen. Doch aktuelle Meldungen trüben die Sommer-Vorfreude: Im Wasser befindet sich immer mehr Mikroplastik. Multiresistente Keime (Bakterien, die unempfindlich gegen Antibiotika sind) baden schon in Niedersachsen mit - in Bayern steht die Untersuchung noch aus. Zudem belastet Nitrat das Grundwasser. Nur 15 Prozent der bayerischen Gewässer sind in einem guten Zustand – obwohl die Wasserrahmenrichtlinie bereits vor 18 Jahren in Kraft trat. Der SPD-Umweltexperte Harry Scheuenstuhl ist entsetzt: "Die Staatsregierung tut hier viel zu wenig und das auch noch viel zu langsam!" Scheuenstuhl fordert den alten und neuen Umweltminister Huber auf, einen Plan vorzulegen, wie er die Belastung der Gewässer in den Griff bekommen will. "Baden muss in unseren Seen weiterhin sorglos möglich sein!"

Ein Masterplan für Bayerns Zukunft

Fast vier Jahre lang hat sich ein hochrangiges Gremium des Landtags mit der Zukunft des Freistaats befasst. Der SPD-Abgeordnete Dr. Christoph Rabenstein hatte den Anstoß für die sogenannte Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" gegeben. Mit ihm sprach Ulrich Meyer über die Ergeb-

Warum wurde diese Kommission eingerichtet?



2013 wurde auf meine Initiative hin das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern in die Verfassung auf-

genommen. Damit das nicht nur ein frommer Wunsch bleibt, müssen wir diesen Anspruch mit Le-

Was ist herausgekommen?

Wir haben es tatsächlich geschafft, einen Masterplan für die Zukunft Bayerns bis zum Jahr 2030 zu erarbeiten. Der Freistaat ist ja sehr

unterschiedlich strukturiert. Um uns einen Überblick zu verschaffen, haben wir eine Vielzahl von Experten aus Wissenschaft und Verbänden befragt - und wir haben ganz viel mit den Menschen vor Ort gesprochen.

Was sind die größten Herausforderungen in Bayern?

Prägend ist die unterschiedliche Situation in den Ballungsräumen und den eher ländlichen Regionen. Die Boom-Städte und vor allem der Großraum München platzen aus allen Nähten vor lauter Zuzug. Steigende Mieten, Verkehrschaos, die Belastung der Luft sind hier riesige Herausforderungen. Da müssen wir versuchen Druck rauszunehmen.

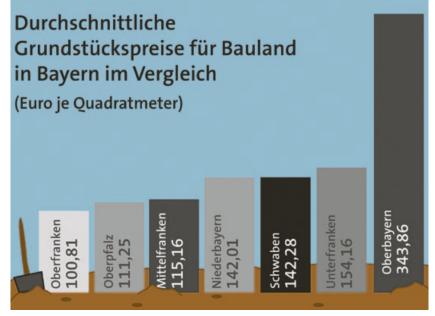
Wie soll das gehen?

Das hängt natürlich stark mit der Entwicklung in den bislang weniger gefragten Gebieten zusammen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen in ihren Heimatregionen bleiben können. Und dabei spielt die Infrastruktur eine große Rolle. Wo es keine

Ärzte, keine Einkaufsmöglichkeiten, keine Schule am Ort und kein schnelles Internet gibt, da ziehen die Menschen weg. Wir müssen also die Attraktivität der ländlichen Regionen ausbauen.

Wird dies gelingen?

Alle Experten sind sich in der Bewertung der Lage ziemlich einig. Und deshalb hoffe ich, dass sich sogar die CSU den richtigen Schlussfolgerungen nicht verweigert. Das wäre für mich als Oppositionspolitiker nach 20 Jahren im Landtag ein schöner Erfolg. Und es wäre so wichtig für unsere Heimat.



Die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in Bayern spiegeln sich auch in den Grundstücks-

. Quelle: Bericht der Enquete-Kommission / Bayerische Vermessungsverwaltung

1/2018 | bayernspd-landtag.de Bayern 7

Denkmalschutz in Bayern: Note "mangelhaft"

SPD deckt skandalöse Geldverschwendung beim staatlichen Denkmalschutzfonds auf



2015 fand die SPD-Denkmaltour statt. SPD-Abgeordnete besuchten Denkmäler in ganz Bayern. Reinhold Strobl (links) und Margit Wild im Rokokosaal von Schloss Sünching im Landkreis Regensburg.

Derzeit stehen in Bayern 3.000 denkmalgeschützte Objekte leer und werden damit dem Verfall preisgegeben. Das Problem der Denkmalpflege sind dabei nicht prächtige Kirchen und Schlösser



Der SPD-Abgeordnete Georg Rosenthal (links) vor der Frankenhalle in Würzburg.

wie Neuschwanstein, sondern die vielen Kleindenkmäler. Gerade diese Denkmäler kosten viel Geld. Und viele Gemeinden haben oft nicht die finanziellen Mittel, um Konzepte und konkrete Maßnahmen zu entwickeln, welche die Identität ihres Ortes bewahren helfen. Der Freistaat hätte sie: im "staatlichen Entschädigungsfonds für Sanierungsmaßnahmen an denkmalgeschützten Gebäuden". Doch statt die Mittel des Fonds wie vorgesehen für Denkmalschutzprojekte auszuzahlen, liegen gewaltige Millionensummen auf der Bank. Für dieses ungenutze Geld waren im vergangenen Jahr sogar Strafzinsen von über 175.000 Euro fällig. Diesen skandalösen Zustand deckte eine parlamentarische Anfrage der SPD-Abgeordneten Inge Aures, Helga Schmitt-Bussinger und Reinhold Strobl an die Staatsregierung auf. Landtagsvizepräsidentin Aures hält die Vorgänge für einen Schildbürgerstreich: "Es gibt so viele erhaltenswerte Kulturdenkmäler in Bayern, für die das Geld ganz dringend gebraucht würde, um sie vor dem Verfall zu retten. Doch das für die Genehmigungen zuständige Ministerium lässt sich Zeit und schmeißt das Geld der Steuerzahler lieber Banken in den Hals. Da packt mich die Wut." Reinhold Strobl ergänzt: "Das Geld könnte sofort sinnvoll verwendet werden, wenn die Staatsregierung auch für eine entsprechende Personalausstattung sorgen würde. Die Bürgerinnen und Bürger fragen sich zu Recht, wie so etwas sein kann. 175.000 Euro binnen zwölf Monaten einfach weg."

Das ist umso ärgerlicher, wenn ein Grundstückseigentümer im Falle von vermuteten Bodendenkmälern bei ergebnisloser Suche Kosten bis zu 5.000 Euro selbst zu tragen hat, was bei der Hälfte der Maßnahmen der Fall ist, weiß der SPD-Abgeordnete Günther Knoblauch. Alle SPD-Anträge auf Übernahme der Kosten bei negativen Befunden wurden bisher abgelehnt. Das Kultusministerium begründet dies mit einem "unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand [...] und ist daher aus allgemeinen förderrechtlichen Gründen kein verfolgenswertes Ziel". Strafzinsen zu zahlen und den wehrlosen Bürger zur Kasse zu bitten aber offenbar schon.



Knoblauch besucht die Ausgrabung eines Bodendenkmals im Landkreis Mühldorf/Inn

Im Alter politisch aktiv

SPD-Landtagsfraktion will verlässliche Beteiligungsstrukturen für Seniorinnen und Senioren schaffen

Der Anteil der über 65-Jährigen wird sich bis 2035 auf dann 4 Millionen Menschen fast verdoppeln. Diese Altersgruppe möchte sich aktiv in politische Diskussionen und Entscheidungen einbringen können. Denn keiner weiß besser, was sich Menschen für ihr Alter(n) wünschen, als die ältere Generation selbst! Der Blick auf die bayerischen Kommunen zeigt: In fast einem Drittel der Landkreise Bayerns sind Seniorinnen und Senioren nicht mit politischen Gremien vertreten und haben keine Möglichkeit, sich mit ihren Themen Gehör zu verschaffen.

Mit einem Seniorenmitwirkungsgesetz will die SPD-Landtags-

fraktion das ändern, wie die Seniorenpolitikerin Doris Rauscher erklärt: "Wir schlagen vor, dass in jeder Kommune eine Seniorenvertretung gewählt werden soll, damit vor Ort mitgeredet und mitgestaltet werden kann. Auch auf Landesebene wollen wir die Anliegen der Seniorinnen und Senioren stärken – durch einen Seniorenrat, der die Landespolitik bei allen Themen rund ums Alter berät, und einen Seniorenbeauftragten als Schnittstelle zur Staatsregierung. So haben die Anliegen der älteren Generation mehr Gewicht und es ist sichergestellt, dass gute Rahmenbedingungen für ein Leben im Alter realisiert werden!"

Fast keine Windkraftanträge mehr

Rinderspacher: "Verantwortungslose Vollbremsung"

Im vergangenen Jahr hat es in Bayern nur vier Anträge für neue Windräder gegeben – ein neuer Negativrekord. Das ist das Er-



gebnis einer parlamentarischen Anfrage von SPD-Landtagsfraktionschef Markus Rinderspacher. Er spricht von einer "verantwortungslosen

Vollbremsung bei der Windenergie". Rinderspacher führt den dramatischen Rückgang auf die von der Staatsregierung Ende 2014 eingeführte 10H-Regelung zurück, wonach Windräder nur noch in der Distanz von bis zu

zwei Kilometern zur Wohnbebauung errichtet werden dürfen. Im Jahr 2013 hatte es noch 400 Anträge gegeben.

Der Fraktionsvorsitzende sieht weiterhin Ausbaupotential bei der Windenergie in Bayern und moniert bei der Staatsregierung "mangelnde Sensibilität beim Klimaschutz".

Mit Blick auf die 11.800 bayerischen Arbeitsplätze in der Windkraftbranche attestiert der Fraktionschef der Staatsregierung zudem eine beschäftigungsfeindliche Politik: "Bayern beheimatet viele mittelständische Zulieferbetriebe aus dem Maschinenbau, der Elektrotechnik und der IT-Industrie, die für die Windenergiebranche zentral sind."

Rettet die Bienen!



SPD-Abgeordnete Ruth Müller

Schwächung des Immunsystems, Orientierungslosigkeit, Lähmung, Sterilität und Tod. Das sind die Auswirkungen, die die Insektengifte aus der Gruppe der Neonicotinoide auf Käfer, Ameisen, Schmetterlinge und vor allem Bienen und Hummeln haben. Diese sind in ihrer Eigenschaft als Pflanzenbestäuber für Umwelt und Wirtschaft überlebenswichtig "Die einzige Möglichkeit, um irreparablen Schaden von Mensch und Natur noch abzuwenden, ist ein sofortiges Verbot dieser Insektenkiller", meint Ruth Müller, bienenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

Bienen sind neben Schwein und Rind das drittwichtigste landwirtschaftliche Nutztier. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat berechnet, dass sie jährlich einen wirtschaftlichen Nutzen von vier Milliarden Euro erbringen. Zudem sind sie essenziell für Flora und Fauna. 80 Prozent der Bestäubung von Wild- und Nutzpflanzen werden von Bienen und Hummeln übernommen. Ein Wegfall würde

unweigerlich ein Artensterben nicht abzuschätzenden Ausmaßes bedeuten.

Allein 2015 wurden 200 Tonnen Neonicotinoide auf Felder gespritzt, eine Katastrophe für die bayerischen Imkerinnen und Imker, für deren Probleme das bayerische Landwirtschaftsministerium bisher blind zu sein scheint.

Die CSU will weiterhin den Umgang mit diesem Gift zulassen, obgleich sich der Landwirtschaftsausschuss des Landtags auf Betreiben Ruth Müllers einstimmig für das Verbot der Neonicotinoide ausgesprochen hat. Dazu meint Müller: "Der Union ist vor lauter Interessensvertretung für die Chemielobby scheinbar gar nicht bewusst, welche Tragweite das drohende Aussterben der Bienen haben wird."



Natascha Kohnen spricht

Bayern ist meine Heimat: Ich bin als Kind in der Münchner Maxvorstadt aufgewachsen und nach meinem Abitur studierte ich Biologie in Regensburg. Seit bald zwanzig Jahren ist die Gemeinde Neubiberg in Oberbayern nun der Ort, wo ich zur Ruhe komme, Kraft tanke und neue Ideen entwickle.

In die Politik kam ich aber durch die Rückkehr nach Bayern nach einigen Jahren im Ausland: Ende der 90-er ging ich mit meiner jungen Familie nach Paris. Mein Sohn Paul war schon mit dabei, meine Tochter Hannah wurde an der Seine geboren. Zurück im Landkreis München, suchte ich 1999 nach Betreuungsmöglichkeiten für die beiden. In Frankreich war das damals schon eine Selbstverständlichkeit – in Bavern nicht. Beruf oder Familie hieß die Alternative, Vereinbarkeit war ein Fremdwort. Mit meinem Ärger über fehlende Kinderbetreuung lief ich Johanna Rumschöttel in die Arme, die Bürgermeisterin werden und in Neubiberg nicht nur die Kinderbetreuung verbessern wollte. Gemeinsam packten wir an und hatten Erfolg: Sie wurde Bürgermeisterin und ein paar Jahre später Landrätin. Ich selbst wurde 2002 in den Gemeinderat gewählt und 2008 in den Bayerischen Landtag - und Betreuungsplätze für Kinder gibt es inzwischen natürlich auch.



Termine im Landtag

Verleihung DOK-Filmpreis 5. Mai, 15 Uhr

Fachtag für alle Alleinerziehende 10. Mai, 10 Uhr

Vertriebenenempfang 17. Juni

Sportkonferenz 23. Juni, 11 Uhr

Mehr unter:

bayernspd-landtag.de/presse

Demokratischer Kindergarten: Wo Kinder entscheiden

Demokratie kann man nicht früh genug lernen. Davon konnten sich die SPD-Abgeordneten Ilona Deckwerth, Dr. Paul Wengert und Markus Rinderspacher im Kinderhaus Sternschnuppe in Kempten überzeugen. Der Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt hat seine Kinder an der Planung für die Faschingsfeier beteiligt. Zunächst wurden die Kinder in Konferenzen befragt, ob sie Fasching feiern wollen. Anschließend wählten sie Abgeordnete für den so genannten Sternschnuppenrat. Dieser plante mit den

Erzieherinnen die Feier. Dabei durften die Kinder zu weiten Tei-



len selbst bestimmen, wie sie das Fest gestalten. Die Abgeordneten nahmen an einer Kinderkonferenz teil und zeigten sich begeistert. "Hier wird schon den Kleinsten auf spielerische Art vermittelt, was Demokratie bedeutet. Das stärkt das Gemeinschaftsgefühl und vermittelt den Kindern einen ersten Eindruck von Verantwortung", erklärt Deckwerth. "Ein tolles Projekt", ergänzt Wengert. "Gerade in Zeiten des erstarkten Populismus ist es wichtig, den Kindern schon früh Demokratie zu vermitteln."